

# Infrastrukturfinanzierung: Fondsbranche ist Motor

**Das politische Ziel für 2045 heißt Klimaneutralität. Diese Agenda wird in den nächsten Jahren einen wesentlichen Einfluss auf die Investitionen in Europa haben.** Neue Vorgaben aus Brüssel und Berlin greifen daher immer stärker in die Investitionsentscheidungen von Unternehmen und Privatpersonen ein.

VON BASTIAN HAMMER | ABTEILUNGSDIREKTOR STEUERN UND ALTERSVORSORGE

**D**iese Disruption wird großen Einfluss auf die Fondsbranche haben. Gerade für Infrastrukturinvestments wird sie auch Chancen bieten. Der Bedarf an neuer grüner Infrastruktur wie Solar- und Windenergie ist groß, und die Zeit drängt. Für die Erreichung der Klimaneutralität müssten in Deutschland laut einer KfW-Studie bis 2045 jährlich mehr als 140 Milliarden Euro investiert werden. Die Erneuerung alter Wasserleitungen, Straßen oder Brücken ist dabei noch nicht berücksichtigt. Bisherige Hindernisse, wie lange Genehmigungsprozesse, sollen abgebaut werden. Die Diskussion über die Finanzierung dieser Vorhaben, die in den letzten Jahren politisch stets zur Seite geschoben wurde, kehrt angesichts steigender Zinsen nun wieder auf die Tagesordnung zurück. Bis hin zu Bundeskanzler Olaf Scholz setzt sich bei immer mehr Politikern die Erkenntnis durch, dass die staatlichen Haushalte dieses Mammutprogramm nicht allein tragen können und private Investitionen in Milliardenhöhe benötigt werden.


Die Fondsbranche ist hierfür der richtige Ansprechpartner, denn sie bringt das Kapital der Anleger mit den Investitionsmöglichkeiten zusammen. Doch es gibt Hürden. Denn die deutsche Politik hat 2013 die Chancen der AIFM-Richtlinie verkannt und den deutschen Fondsstandort nicht annähernd so gefördert wie zum Beispiel Luxemburg.

Die Angst vor alternativen Fonds hat in Deutschland ein fast schon kapitalmarktfeindliches Umfeld geschaffen, was vor allem an den steuerrechtlichen Wettbewerbsnachteilen deutlich wird. Durch die AIFM-Richtlinie, die besonders risikobehaftete Strategien wie Hedgefonds regulieren sollte, sind auch die in Deutschland lange etablierten und konservativ ausgerichteten Spezialfonds als regulatorischer Beifang ins Netz gegangen. Letztlich werden Fonds in den Bereichen Private Equity, Private Debt oder Venture Capital heute nicht hierzulande, sondern vor allem in Luxemburg aufgelegt und aus London gemanagt. Dies gilt auch für Infrastrukturfonds.

**Die rechtlichen Rahmenbedingungen belasten somit auch die Transformation in Deutschland.**

Das deutsche Kapital fließt derzeit über ausländische Fonds bevorzugt in ausländische Infrastrukturprojekte. Ohne die heimischen Assetmanager, die die Projektentwicklung mit ihren Finanzierungen vor Ort erst ermöglichen, geht der Energiewende das Licht aus. Dabei zeigt die deutsche Fondsbranche im Bereich der offenen Immobilienfonds, dass sie Vorbild für das Thema Infrastruktur sein kann. Vor allem die an deutschen Immobilienspezialfonds bisweilen kritisierte Präferenz für den Heimatmarkt (Home Bias) offenbart die Chancen für die deutsche Infrastruktur.

Die jüngsten Gesetzesinitiativen machen Mut. Auf EU-Ebene wurde der ELTIF kürzlich deutlich vereinfacht. Er soll auch Kleinanlegern den Zugang zu alternativen, langfristig ausgerichteten Anlageklassen ermöglichen und grenzüberschreitend vertrieben werden kön-



**„Deutschland wird bis 2045 klimaneutral wirtschaften. [...] Dafür brauchen wir vor allem von privaten Investoren milliardenschwere Investitionen.“**

Bundeskanzler Olaf Scholz

nen. Ob dies Chance oder Risiko für die deutsche Infrastruktur ist, bleibt abzuwarten.

Auch das anstehende Zukunftsfinanzierungsgesetz könnte eine Trendwende einläuten. So sollen die Verwaltung alternativer Fonds von der Umsatzsteuer befreit und aufsichtsrechtlich neue Möglichkeiten für Investitionen im

Bereich erneuerbare Energien geschaffen werden. Doch ohne eine entsprechende steuerrechtliche Begleitung werden die Maßnahmen zur Förderung von Infrastrukturinvestments ins Leere laufen.

Für eine erfolgreiche Transformation hierzulande reicht es nicht, lange Genehmigungsfristen für Projekte zu kür-

zen. Wir brauchen auch einen wettbewerbsfähigen Fondsstandort für alle Anlageklassen, insbesondere Infrastruktur. Die Politik kann dafür den Rahmen schaffen, indem sie endlich bürokratische Hürden abbaut sowie Aufsichts- und Steuerrecht, zum Beispiel im Zukunftsfinanzierungsgesetz, zusammenführt und vereinfacht. ■



Informationen zur aktuellen Entwicklung erhalten Sie unter [www.bvi.de](http://www.bvi.de) oder im **BVI direkt** für unsere Mitglieder.